



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>4.1</b>	<b>Kulturpreis der Bezirksversammlung HH-Nord 2018</b>	ungeändert beschlossen
	<b>Interfraktioneller Antrag</b>	
	<b>Drucksache: 20-5319</b>	

Petition/Beschluss:

Für die Vorbereitung und Durchführung des Kulturpreises der Bezirksversammlung Hamburg-Nord werden bis zu 5.000 Euro aus bezirklichen Mitteln zur Verfügung gestellt.

<b>Für die SPD-Fraktion:</b>	Thomas Domres
<b>Für die GRÜNE Fraktion:</b>	Michael Werner-Boelz
<b>Für die CDU-Fraktion:</b>	Dr. Andreas Schott
<b>Für die Fraktion DIE LINKE:</b>	Karin Haas

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>4.3</b>	<b>Sondermittel Februar 2018</b> <b>Gemeinsamer Antrag von SPD- und GRÜNE-</b> <b>Fraktion</b> <b>Drucksache: 20-5366</b>	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Den folgenden Antragstellenden werden aufgrund ihrer dringlichen Anliegen bezirkliche Mittel in der jeweils genannten Höhe zur Verfügung gestellt.

1164	Aktiv Spielplatz Hamburger Straße e.V	Baumpflege auf dem Aktivspielplatz	8.472,80 €
8	Ev. Stiftung Alsterdorf - Bereich Sport und Inklusion	März-Ferienstportangebot für Kinder und Jugendliche in der Barakiel Halle	2.700,00 €
11	Scala	Kinderfest Langenhorner Markt 10.6.18	3.000,00 €
12	Scala	Kinder-Sommerfest Fuhlsbüttel am 30.6.18	1.600,00 €
13	Scala	Mobile Spiel- und Sportaktion in den Sommerferien 5.7.-15.8.18	1.500,00 €
16	Terra Africa e.V.	Festival „Afrikanischer Frühling 2018“	4.081,33 €

**Für die SPD-Fraktion**  
Thomas Domres  
Ralf-Georg Gronau

**Für die GRÜNE Fraktion**  
Michael Werner-Boelz

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>5.1</b>	<b>Sportangebote für Flüchtlinge</b> <b>Drucksache: 20-5318</b>	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Die Evangelische Stiftung Alsterdorf will ein Sportangebot für Flüchtlinge anbieten.

Hierfür werden Mittel in Höhe von 2.540 € beantragt.

Das Bezirksamt nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Der Antrag entspricht den Kriterien des Sportfonds der BV und wird von hier befürwortet.

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Harald Rösler

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>5.2</b>	<b>Sportangebote für Flüchtlinge</b> <b>Drucksache: 20-5333</b>	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Das Goldbekhaus will ein Sportangebot für Geflüchtete anbieten.

Hierfür werden Mittel in Höhe von 5.150 € beantragt.

Das Bezirksamt nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Der Antrag entspricht den Kriterien des Sportfonds der Bezirksversammlung. Besonders positiv wird die bessere Einbindung von Geflüchteten Menschen bewertet (s.a. Antragstext).

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Harald Rösler

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE  
Gegenstimmen :  
Stimmenthaltungen : CDU





Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>7.1</b>	<b>Lösung für Abbiegen in der Osterfeldstraße - Ideenskizzen eines Verkehrsplaners im Auftrag des Eigentümers Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-5299</b>	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 22.01.2018 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines mündlichen Antrages der CDU-Fraktion befasst und einstimmig die nachfolgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„ Die Verwaltung wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Investor dieses Projekt voranzutreiben mit der Maßgabe, in einem fortgeschrittenen Stadium, in dem noch Anmerkungen und Veränderungen möglich sind, die Planung erneut vorzustellen.“

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>7.2</b>	<b>Neugestaltung des Eppendorfer Marktplatzes - Beteiligungsverfahren Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-5300</b>	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 22.01.2018 mit dem o.g. Thema befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude spricht sich dafür aus, die Stellungnahme der Bürger an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer als Planungsbehörde weiterzuleiten.“

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>7.3</b>	<b>Verkehrssituation vor der Schule Forsmannstraße in der Barmbeker Straße verbessern! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-5301</b>	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 22.01.2018 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines Antrages der DIE LINKE-Fraktion befässt und bei Neinstimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Das Bezirksamt möge zusammen mit dem zuständigen Polizeikommissariat zeitnah die Verkehrssituation an der Barmbeker Straße hinsichtlich einer Entschleunigung und deutlicheren Sichtbarmachung des Schulstandortes prüfen und notwendige Maßnahmen zur Verbesserung einleiten (z.B. Tempo 30 von der Jarrestraße /bzw. Gertigstraße bis zur Semperstraße, weitere Hinweisschilder, auch elektronisch, die den Schulstandort anzeigen).“

Begründung:

Die Grundschule Forsmannstraße ist wegen einer Grundsanierung aus der Semperstraße vorübergehend in die Barmbeker Straße 30-32 umgezogen. Die Barmbeker Straße hat ein sehr hohes Verkehrsaufkommen und keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30, wie es in der Semperstraße, dem ursprünglichen Standort der Schule, der Fall ist, wo auch noch zusätzliche elektronische Hinweistafeln angebracht sind.

Es gab Beschwerden von Eltern, dass an der Ampel an der Kreuzung Barmbeker Straße / Semperstraße, die sich kurz vor der Schule befindet, die Autos sehr schnell fahren, z.T. auch bei Rot, und auch rücksichtslos wenden, um in die entgegengesetzte Richtung zu fahren. Dadurch sind Kinder und Eltern verstärkt gefährdet, denn diese Fußgängerampel wird sehr intensiv von ihnen genutzt, um in das Wohngebiet westlich der Barmbeker Straße zu kommen, in das ursprüngliche Einzugsgebiet der Grundschule Forsmannstraße.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE

Gegenstimmen : CDU





Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

7.4	<b>Bebelallee Sperrung des Fußweges vor dem iranischen Konsulat Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-5302</b>	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 22.01.2018 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines mündlichen Antrages der Grüne-Fraktion befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

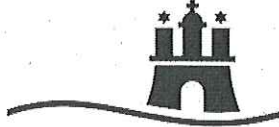
„Der Regionalausschuss bittet zu prüfen, wie die Situation für Radfahrer an dieser Stelle entschärft werden kann, da nicht absehbar ist, wenn die Sperrung des Fußweges aufgehoben wird, so dass Fußgänger auch weiterhin auf den Radfahrstreifen und Radfahrer auf die Fahrbahn ausweichen.“

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen





Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>7.5</b>	<b>Planung Veloroute 4 Hudtwalckerstraße - auch an Fußgängerinnen und Fußgänger denken!</b> <b>Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude</b> <b>Drucksache: 20-5303</b>	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 22.01.2018 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und Grüne-Fraktion befasst und einstimmig die nachfolgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Die Bezirksversammlung begrüßt ausdrücklich, dass der wichtige Lückenschluss der Veloroute 4 zwischen Leinpfad und Bebelallee nun angegangen wird. Die betroffenen Flächen sind jedoch nicht nur für Radler und Kfz, sondern insbesondere auch für Fußgängerinnen und Fußgänger von hoher Bedeutung. Vor diesem Hintergrund wird der Bezirksamtsleiter gebeten, die Planung nach folgenden Maßgaben zu überarbeiten zu lassen:

1. Ein straßenbegleitender Zweirichtungsradweg an einmündenden Straßen (Leinpfad) und mit hohem Fußgängerverkehr unmittelbar daneben erfüllt aus Sicht der Bezirksversammlung nicht den Mindeststandard für eine Veloroute. Hier muss für den Knoten Leinpfad eine andere Lösung gefunden werden. Denkbare Lösungen wäre z.B. eine Vollsignalisierung des Knotens oder ein vorgezogener Haltebalken für die Kfz in der Hudtwalckerstraße in Fahrtrichtung Winterhude (ggf. ebenfalls mit zusätzlicher Signalisierung). Ein befürchtetes Linksabbiegen von Kfz aus dem Leinpfad könnte z.B. baulich durch Leitplatten oder einer langgestreckten Mittelinsel jeweils mit Fahrraddurchlässen verhindert werden.
2. Die Lösung für den Knoten Leinpfad / Hudtwalckerstraße sollte nach Möglichkeit so gewählt werden, dass auch auf der Nordseite der Hudtwalckerstraße (Theater) auf einen Zweirichtungsradweg verzichtet werden kann. Eine legal mit dem Fahrrad fahrbare Anbindung des Winterhuder Kais soll aber erhalten bleiben.
3. Unabhängig von der genauen Lösung für die Querung der Veloroute über die Hudtwalckerstraße auf Höhe Leinpfad sollte es für Rad- und Fußverkehr auf jeden Fall eine getrennte Signalisierung geben, um für den Radverkehr dessen kürzere Räumzeit bei der Bemessung der Länge der Grünphase berücksichtigen zu können. So kann die Flüssigkeit des Radverkehrs besonders in Spitzenzeiten erhöht werden. Außerdem soll geprüft werden, ob eine direkte Radwegquerung vom Leinpfad zum Winterhuder Kai



möglich ist.

4. Im Verlauf der Hudtwalckerstraße sollten die (besonders schmalen) Parkstände auf der Südseite mit Pollern vom Radweg abgetrennt werden, um ein zu erwartendes teilweises Parken auf dem ohnehin schmalen Hochbordradweg zu verhindern. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob ein gesonderter Parkplatz für Krankenwagen, die Patienten zum Ärztehaus fahren, möglich ist.
5. Für die Nebenfahrbahn auf der Nordseite der Hudtwalckerstraße wird geprüft, ob diese als Fahrradstraße / „Anlieger frei“ ausgewiesen werden kann. Sollte dies auf Grund rechtlicher Verpflichtungen z.B. gegenüber der Grundstückseignerin des Theaters nicht möglich sein, so möge das Bezirksamt diese rechtlichen Verpflichtungen, die eine Fahrradstraßenausweisung verhindern, bitte in der Stellungnahme zu diesem Antrag detailliert erläutern.
6. An der gesamten Kreuzung Bebelallee / Sierichstraße / Hudtwalckerstraße sollte die sogenannte „Berliner Lösung“ Anwendung finden. Das bedeutet, dass der Radverkehr noch vor Erreichen der Kreuzung auf das Fahrbahnniveau abgelenkt wird und Gehwegflächen und Radverkehrsflächen im unmittelbaren Kreuzungsbereich somit durch eine Bordsteinkante getrennt sind. Radfahrer müssen vor dem Überfahren der Fußgängerfurt an der ggf. roten Ampel halten. Fußgänger ihrerseits queren die Fahrbahn - und somit die Fläche des Radverkehrs - ebenfalls ampelgeregelt. Durch diese klare Trennung von Rad- und Fußverkehr können Konflikte zwischen diesen beiden Verkehrsarten zumindest im unmittelbaren Kreuzungsbereich minimiert werden. Die genannte Lösung soll insbesondere auch für die Sierichstraße in Fahrtrichtung Alsterdorf gelten, wo dies noch nicht vorgesehen ist. Hierfür muss der Planungsbereich so weit wie erforderlich nach Süden (Richtung Innenstadt) vergrößert werden. Der „freie Rechtsabbieger“ für den Radverkehr aus der Hudtwalckerstraße West in die Sierichstraße auf dem Hochbord entfällt. Für die frei werdende Fläche wird geprüft, ob dort ein Baum und / oder Fahrradbügel vorgesehen werden können.
7. Freier Rechtsabbieger aus Sierichstraße nach Hudtwalckerstraße Ost (Richtung Winterhude): An Stelle eines der neuen Parkplätze sollte die Möglichkeit einer Baumpflanzung geprüft werden.
8. Berliner Lösung auf der Südseite der Hudtwalckerstraße (Querung Sierichstraße): Die Aufleitung aus der Berliner Lösung auf das Hochbord sollte aus Sicherheitsgründen erst nach Querung des freien Rechtsabbiegers aus der Sierichstraße in die Hudtwalckerstraße geschehen.
9. Berliner Lösung von Sierichstraße nach Bebelallee: Hier ist bisher geplant, dass der Radverkehr in Fahrtrichtung U-Bahn-Eingang > Sierichstraße entgegen der vorgeschriebenen Fahrtrichtung (Sierichstraße nach Bebelallee) zugelassen wird. Darauf sollte verzichtet werden, da dies zu große Sicherheitsprobleme mit sich bringt.
10. Für den gesamten Planbereich wird der Bedarf an Fahrradbügeln überprüft und nach Möglichkeit werden zusätzliche Bügel vorgesehen.
11. Eine entsprechend überarbeitete Planung wird erneut im Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude vorgestellt. Die Antwort auf diesen Antrag sowie überarbeitete Pläne und ein entsprechender Erläuterungsbericht werden mindestens zwei Wochen vor der Sitzung zwecks ausreichender Vorbereitung zur Verfügung gestellt.“

Begründung:

In der vorletzten Sitzung des Regionalausschusses am 27.11.2017 wurde die Planung für den Abschnitt der Veloroute 4 (VR4) von Leinpfad bis Bebelallee vorgestellt. Eine Überplanung dieses für viele Verkehrsteilnehmer prekären Abschnittes ist dringend geboten und wird von der Bezirksversammlung daher ausdrücklich begrüßt.



An diesem Ort treffen eine Hauptroute des Radverkehrs (Veloroute 4) und eine Hauptroute des Kfz-Verkehrs (Bundesstraße 5) aufeinander. Zudem ist auf Grund des U-Bahnhofes, des Einzelhandels, des Ärztehauses und des Winterhuder Fährhauses (Theater) auch das Fußgängeraufkommen ungewöhnlich hoch. In einer solchen Situation, die zudem noch auf ein knappes urbanes Raumangebot trifft, ist es selbstverständlich, dass nicht alle Ansprüche der entsprechenden Verkehrsteilnehmenden erfüllt werden können.

Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord richtet ihr Augenmerk besonders auf den Fußverkehr, der nicht zwischen den Ansprüchen von Rad- und Kraftverkehr auf der Strecke bleiben darf. Da sowohl viele Radelnde als auch viele Fußgängerinnen und Fußgänger auf den knappen Nebenflächen unterwegs sind, ist das Konfliktpotenzial zwischen beiden Gruppen besonders dort, wo Fuß- und Radwege sich jeweils kreuzen, besonders hoch. Aus diesem Grund sollten Fuß- und Radverkehr konsequent getrennt geführt werden: Durch die Verlegung des Radverkehrs auf die Fahrbahn queren Fußgängerinnen und Fußgänger den fürs Rad vorgesehenen Bereich der Straße nur noch im Schutz von Ampeln. Sie sind so deutlich sicherer vor schnellem Radverkehr. Diese Lösung sollte daher zumindest überall im unmittelbaren Kreuzungsbereich gewählt werden. Bei dieser sogenannten Berliner Lösung wird der Radverkehr nur im Kreuzungsbereich auf Fahrbahnebene geführt. Zwar müssen so auch rechts abbiegende Radelnde an den Ampeln warten, doch dieser Nachteil sollte für die zusätzliche Sicherheit aller - insbesondere von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen - in Kauf genommen werden.

In der Sitzung am 27.11.2017 wurde ausgeführt, dass der Nebenflächenbereich östlich der Sierichstraße auf Wunsch der Fachbehörde aus der Planung herausgenommen worden sei. Diese möchte sich eine zukünftige Überplanung der Sierichstraße vorbehalten und möchte daher Vorfestlegungen, die aus der Planung VR4 Hudtwalckerstraße resultieren, ausschließen.

Die Bezirksversammlung kann dieser Argumentation nicht folgen. Die Wahl einer Berliner Lösung für den Radverkehr im unmittelbaren Kreuzungsbereich beinhaltet keinerlei Vorfestlegung für den weiteren Verlauf der Straße. Es wäre im Anschluss weiterhin jede Art der Radverkehrsführung realisierbar. Umgekehrt ist das Gegenteil der Fall: Eine Beibehaltung der aktuellen Radwegführung in der Nebenfläche auch im Kreuzungsbereich würde für die Zukunft eine Markierungslösung in der Sierichstraße verbauen und wäre somit eine Vorfestlegung auf eine Hochbordlösung. Für eine Markierungslösung müsste der Kreuzungsbereich ein weiteres Mal umgebaut werden. Daher sollte schon jetzt die Situation für Fußgängerinnen und Fußgänger - die wegen der Bushaltestelle die Hudtwalckerstraße an deren Ostarm in besonders großer Zahl queren - deutlich verbessert werden, indem der Radverkehr per Berliner Lösung auch in der Sierichstraße im unmittelbaren Kreuzungsbereich auf die Fahrbahn verlegt wird.

Neben den Konflikten zwischen Fuß- und Radverkehr im Kreuzungsbereich Sierichstraße / Bebelallee wird vor allem die Querung der Veloroute über die Hudtwalckerstraße auf Höhe Leinpfad kritisch gesehen. Hier soll der Verkehr auf der Veloroute stadteinwärts an der vorhandenen Fußgängerampel die Hudtwalckerstraße queren, um dann einige Meter im Gegenverkehr auf einem Zweirichtungsradweg bis zur Einmündung Leinpfad geführt zu werden. Diese Lösung besteht zwar auch heute schon, die Bezirksversammlung sieht diese jedoch ganz klar als Provisorium und wünscht sich eine klarere Ordnung der Situation für Fuß- und Radverkehr. Der Zweirichtungsradweg auf der Südseite der Hudtwalckerstraße (Ärztehaus) ist nur 2,50 m breit und heute schon durch das Radverkehrsaufkommen überlastet. Besonders nach dem weiteren Ausbau der Veloroute muss mit einem weiteren Anstieg des Radverkehrs gerechnet werden. Die Radelnden auf der VR4 in Fahrtrichtung Innenstadt geraten hier direkt in den Gegenverkehr von Eppendorf in Richtung Winterhuder Marktplatz. Durch die knapp bemessene Breite des Zweirichtungsradweges weichen die Radler zudem oft auf den Fußweg aus, auf dem es auf Grund des nahen Ärztehauses durchaus nennenswerten Fußverkehr geht. Gerade dieses wird oft von Menschen mit Rollstuhl oder Rollator angesteuert. Die aktuelle Lösung geht also insbesondere zu Lasten

von Fußgängern, wie auch Herr Homann vom bezirklichen Seniorenbeirat in der Sitzung am 27.11.2017 ausführte.

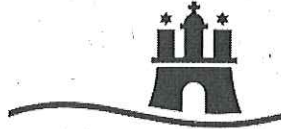
Ebenfalls sehr kritisch gesehen wird der geplante Zweirichtungsradweg auf der Nordseite der Hudtwalckerstraße (Theater). Richtig ist, dass eine legale Möglichkeit geschaffen werden muss, aus Richtung Tewesweg / Haynspark in Richtung Leinpfad weiter zu fahren, weil hier das Verkehrsaufkommen hoch ist. Der Zweirichtungsradweg bedeutet hier aber analog zur Südseite, dass die von der Fährhausbrücke kommenden Radler direkt in den Richtung Eppendorf fahrenden Gegenverkehr auf dem Radweg einbiegen. Zu verkehrsarmer Zeit mag das problemlos klappen, für Hauptverkehrszeiten ist dies jedoch keine sichere und gute Lösung. Bei der Bemessung von Kfz-Verkehrsanlagen ist es üblich, sich an der Verkehrsbelastung der Spitzenstunde zu orientieren. Dieses Prinzip muss auch für den Rad- und Fußverkehr gelten. Zudem gilt auch hier natürlich: Die Leidtragenden dieses mit 2,50 m schmalen Zweirichtungsradweges werden die Fußgängerinnen und Fußgänger auf dem unmittelbar anschließenden Gehweg sein. Ziel der Planung sollte daher sein, zumindest für Radler in Fahrtrichtung Fahrradstraße eine direkte Querungsmöglichkeit vom Winterhuder Kai in den Leinpfad zu ermöglichen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen





Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>7.6</b>	<b>Projektmittel der Stadtteilkultur Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-5308</b>	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 23.01.2018 mit Anträgen auf Projektmittel der Stadtteilkultur befasst und folgende Beschlussempfehlungen verabschiedet:

1. Drucksache 20-5252

Antragsteller/in: Stadtteilarchiv Eppendorf

Projekt: „Der Eppendorfer Weg - Geschichte und Gegenwart“

Höhe der beschlossenen Förderung: 1 100,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Drucksache 20-5263

Antragsteller/in: Bürgerhaus in Barmbek

Projekt: Märchenveranstaltung im Rahmen der Woche des Gedenkens

Höhe der beschlossenen Förderung: 340,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

3. Drucksache 20-5264

Antragsteller/in: Kirchengemeinde St. Jürgen-Zachäus

Projekt: Lesung von Kurzgeschichten mit Musik - „Weites Meer und tiefe Flüsse“

Höhe der beschlossenen Förderung: 200,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

4. Drucksache 20-5265

Antragsteller/in: Kirchengemeinde St. Jürgen-Zachäus

Projekt: Zachäus - Gartenfest

Höhe der beschlossenen Förderung: 300,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt den Beschlussempfehlungen.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>7.7</b>	<b>Mittel aus dem Sonderfonds Interkulturelle Projekte</b>	ungeändert beschlossen
	<b>Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport</b>	
	<b>Drucksache: 20-5309</b>	

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 23.01.2018 mit dem folgenden Projektmittelantrag befasst und entschieden, hierfür Mittel aus dem neu eingerichteten Sonderfonds „Interkulturelle Projekte“ bereitzustellen.

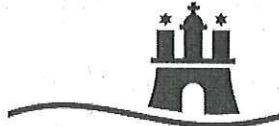
1. Drucksache 20-5150.1  
Antragsteller/in: Terra Africa e.V.  
Projekt: Afrikanischer Frühling 2018  
Höhe der beschlossenen Förderung: 5 000,00 €  
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung  
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen.





Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

7.8	<b>Neues Veranstaltungsformat "Wirtschaft im Quartier vor Ort" fortsetzen Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit Drucksache: 20-5316</b>	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit hat sich in seiner Sitzung am 24.01.2018 auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion mit o.g. Thematik befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Die Bezirksversammlung wird gebeten, für das Veranstaltungsformat „Wirtschaft im Quartier vor Ort“ einen Finanzierungsrahmen von 2.000 € bereitzustellen.“

Hintergrund

Das neue Veranstaltungsformat „Wirtschaft im Quartier vor Ort“, ein neuformulierter Vernetzungsanspruch zur Ansprache gewerblicher Unternehmen durch die Bezirksversammlung, soll auch 2018 fortgesetzt werden. Kern und Erfolgsbasis bildete die konsequent umgesetzte Zusammenarbeit beider Verwaltungsebenen (Fachamt Wirtschaftsförderung und Fachausschuss der Bezirksversammlung). Ziel für 2018 ist es, zusätzlich zu weiteren Veranstaltungen mit der Handelskammer, auch solche speziell für das Handwerk gemeinsam mit der Handwerkskammer zu planen und durchzuführen. Grundsätzlich auf der Ebene der für Hamburg Nord zuständigen Kammergeschäftsführung.

Zielrichtung dieses Veranstaltungsformats „Wirtschaft im Quartier vor Ort“ ist es, kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) über Möglichkeiten zum nachhaltigen Wirtschaften, zur Nachwuchsförderung, zur Digitalisierung sowie weiteren „brennenden“ Themen Information und Vernetzungsmöglichkeiten anzubieten. Die Themenvorschläge werden in enger Zusammenarbeit des Fachamtes Wirtschaftsförderung und Fachausschusses der Bezirksversammlung sowie der Vertretung der Handels- bzw. Handwerkskammer erarbeitet.

Für 2017 wurde seitens der Bezirksversammlung ein Finanzierungsrahmen von 2.000,00 € an Fördermitteln bereitgestellt. Wir rechnen damit, dass zur Weiterführung für 2018 wieder ein Finanzierungsrahmen in dieser Höhe ausreichen wird.



Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>7.9</b>	<b>Nicht verkehrssichere Fußwegsituation Westliche Gehwegseite Fuhlsbütteler Damm, Höhe Baustelle Zubau GrS Ratsmühlendamm Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 20-5338</b>	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 29.01.2018 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines interfraktionellen Antrages befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Wir fordern die Verwaltung auf, zügig zu prüfen, wie hier wieder ein akzeptabler und sicherer Gehweg hergestellt werden kann und diesen Zustand dann schnellstmöglich herzustellen.

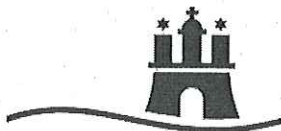
Begründung:

Vor über einem Jahr, nach Einrichtung der Baustelle für den Zubau der GrS Ratsmühlendamm, wurde am Fuhlsbütteler Damm, westliche Gehwegseite, im Bereich dieser Baustelle, eine Interimsgehwegsituation geschaffen. Diese ist aber in einem so schlechten Zustand, dass sie als Gehweg nur noch sehr eingeschränkt nutzbar ist, da sie große Höhenunterschiede und Belagswechsel aufweist. Besonders mobilitätseingeschränkte Menschen, oder auch Menschen mit Kinderwagen usw. können daher diese Gehwegseite nicht mehr nutzen.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>7.10</b>	<b>NS-belastete Straßen in Langenhorn: Umbenennungen prüfen - Erinnerungskultur pflegen! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 20-5339</b>	ungeändert beschlossen
-------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 29.01.2018 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines interfraktionellen Antrages (SPD/ CDU/ GRÜNE/ DIE LINKE, FDP-Gruppe, Gruppe Piraten sowie Herr Debus) befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel wünscht sich die Umbenennung der drei folgenden Straßen:

- Theodor-Fahr-Straße
  - Oehleckerring
  - Heynemannstraße.
1. Das Vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung wird gebeten, bei der Kulturbehörde eine zeitnahe fachliche Stellungnahme einzuholen, die untersucht, ob und unter welcher Maßgabe die Behörde Umbenennungen aller oder einzelner der nach Franz Oehlecker, Theodor Heynemann und Theodor Fahr benannten Straßen in Langenhorn befürworten kann.
  2. Die Verwaltung wird gebeten, öffentlich dazu aufzurufen, Namensvorschläge zu unterbreiten für die Straßen, die unter 1. von der Kulturbehörde für eine Umbenennung vorgeschlagen werden, unter Nennung der Gründe für die Umbenennung. Neben etwaigen von der Kulturbehörde noch vorzugebenden Kriterien sollen die Vorschläge möglichst folgender Maßgabe Genüge tun:
    - Die Straße soll nach einer Person benannt werden
    - Vorrangig sollen Frauen durch die Benennungen gewürdigt werden
    - Mit den neuen Straßennamen soll die antifaschistische Grundhaltung, das Bekenntnis zu den Menschenrechten sowie der Einsatz für die



- Menschenwürde der jeweiligen namensgebenden Person honoriert werden
- Die jeweiligen Personen, nach der die Straße benannt werden sollen, sollen einen regionalen Bezug aufweisen.
3. Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird darüber hinaus gebeten, bei der Kulturbehörde eine Prüfung zu veranlassen, ob und inwieweit es fachliche und finanzielle Möglichkeiten gibt, den Bezirk bei einer der Erinnerungskultur dienenden und entsprechend im öffentlichen Raum sichtbaren Dokumentation zum Thema „NS-belastete Straßennamen im Stadtteil Langenhorn“ zu unterstützen.
  4. Die Behörde für Kultur und Medien und das Bezirksamt Hamburg-Nord werden gebeten, eine Referentin oder einen Referenten zur Februarsitzung 2018 des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf- Alsterdorf-Groß Borstel zu entsenden, um eine sachkundige Ersteinschätzung der Umbenennungswünsche vorgestellt zu bekommen.
  5. Bis spätestens Ende Mai soll eine öffentliche Sondersitzung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel vor Ort stattfinden, in der die Gründe für die Umbenennung der Straßen sowie die bis dahin eingegangenen Namensvorschläge vorgestellt werden. Die Bewohner\_innen der betroffenen Straßen sollen möglichst schriftlich eingeladen werden.
  6. Zu der Sondersitzung soll ein/e geeignete/r Expert\_in/e eingeladen werden, die/der sowohl die Begründung für die Umbenennung als auch die Bewertung der bis dahin eingegangenen Vorschläge vornimmt, was als Diskussionsgrundlage mit den Gästen dienen soll.
  7. Eine Beschlussfassung über die Namensgebung folgt in einer der auf die Sondersitzung folgenden Sitzung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel.

#### Begründung:

In der Sitzung am 08.01.2018 befasste sich der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel unter Top 5.3 mit einer Eingabe eines Bürgers zum Thema NS-belastete Straßennamen. Über die in der Eingabe nach Theodor Heynemann und Theodor Fahr benannten Straßen hinaus wurde auch über die nach Franz Oehlecker benannte Straße gesprochen. Über die beiden zuerst genannten Ärzte lassen sich zahlreiche Informationen der Eingabe entnehmen.

Franz Oehlecker (1874 - 1957) war ebenfalls Mediziner (Chirurg) und von 1907 - 1914 Oberarzt im AK Eppendorf und von 1914 - 1946 Chefarzt der chirurgischen Abteilung im Allgemeinen Krankenhaus Barmbeck (vgl. [http://dgti.de/fileadmin/docs/Franz\\_Oehlecker.pdf](http://dgti.de/fileadmin/docs/Franz_Oehlecker.pdf)). Er unterzeichnete 1933 das Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat (siehe S. 130 <https://archive.org/details/bekenntnisderpro00natiuoft>).

In Barmbek verantwortete er u. a. zahlreiche Sterilisationen von Männern. Er forschte zu dem Thema und veröffentlichte 1934 den Aufsatz ‚Zur Unfruchtbarmachung des Mannes‘ im Zentralblatt für Chirurgie. Sein Bestreben diente nicht dem Wohle der Patienten, sondern ausschließlich der Umsetzung des ‚Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses‘ und dessen Reputation in der Bevölkerung, er befürchtete öffentlichen Druck, wenn Komplikationen der Sterilisation publik würden, sowie den ökonomischen Aspekten der Umsetzung, der hohe Aufwand sollte die Umsetzung weder gefährden noch unnötig in die Länge ziehen (vgl. S. 100 und 41f [https://oparu.uni-ulm.de/xmlui/bitstream/handle/123456789/3615/vts\\_9471\\_14301.pdf?sequence=1](https://oparu.uni-ulm.de/xmlui/bitstream/handle/123456789/3615/vts_9471_14301.pdf?sequence=1)). Daher muss davon ausgegangen werden, dass er nicht nur Mitläufer, sondern von der ‚Rassenhygiene‘ überzeugter Täter war. 1940 wurde er zum Oberstabsarzt und 1943 zum Oberfeldarzt ernannt.

Alle drei Namensgeber verletzen in eklatanter Weise die heutigen Wertvorstellungen, was eine Umbenennung laut Stellungnahme der Kulturbehörde aufgrund eines einstimmig



beschlossenen Antrages der Fraktionen SPD und Grüne in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, rechtfertigt.

In der o. g. Sitzung des Regionalausschusses wurden die Petenten mit dem Verweis, dass es das Ergebnisses des 2014 eingeforderten stadtweiten Konzeptes zum Umgang mit Straßenbenennungen nach NS-belasteten Personen bedürfe, auf dessen Fertigstellung vertröstet. Das ist insofern unbefriedigend und nicht zielführend, als dass in Stellungnahme der Kulturbehörde von 2014 steht, *„Es ist erforderlich, eine auf den jeweiligen Einzelfall bezogene Abwägungsentscheidung zu treffen. Dabei spielen nähere Umstände wie die Art der Belastung und mögliche Alternativen eine Rolle. Ein über diese Vorgehensweise hinausgehendes ‚Konzept‘ lässt keine besseren Ergebnisse erwarten. Wenn über die Bezirke bzw. aus der Öffentlichkeit ein begründeter Umbenennungswunsch an die zuständige Stelle herangetragen wird oder diese über eigene Erkenntnisse verfügt, wird in jedem Falle eine Entscheidung herbeigeführt“* (siehe Anlage 2). Damit sollte klar sein, dass es kein Konzept geben wird und die bisher gängige Praxis, aus den Bezirken heraus Straßen zur Umbenennung vorzuschlagen, weiterhin empfohlen wird.

In der Vergangenheit hat das gut funktioniert. 2015 einigten sich sowohl Vertreter der Bezirksversammlung als auch des Regionalausschusses auf ein Verfahren, unter Einbindung der Öffentlichkeit einen Umbenennungsprozess anzustoßen. Die von den Fraktionen zur Umbenennung erarbeiteten Kriterien sollen dabei wieder gelten, um ein Gegengewicht zu den bisherigen Namensgebern zu schaffen.

Es soll daher eine Benennung nach einer Person erfolgen, die sich durch ihre antifaschistische

Grundhaltung, ihren Einsatz für die Menschenrechte und ihr Bekenntnis zur Menschenwürde auszeichnete. Auch soll die so zu würdigende Person einen regionalen Bezug aufweisen. Damals wie heute gilt die Empfehlung der Kulturbehörde, möglichst Frauen als Namensgeberinnen vorzuschlagen.

Die Debatte über die drei Straßen reiht sich ein in eine Gruppe von einst nach ebenfalls umstrittenen Medizinern benannten und inzwischen mit neuen Namen versehenen oder umgewidmeten Straßen im nördlichen Langenhorn. Die alten und neuen Namen und die Umstände der Benennungen sind ein bemerkenswerter Bestandteil der Geschichte unserer Stadt und unseres Bezirks und bieten sich aufgrund ihrer relativen räumlichen Nähe zu einander für eine im öffentlichen Raum sichtbare Dokumentation (z. B. auf Schautafeln und/oder im Rahmen eines Lehrpfades) zum Thema an. Eine solche Dokumentation könnte einen wichtigen Beitrag zur Erinnerungskultur leisten: Die gleichermaßen tief wie pervertierend in das Fachgebiet Medizin und Ethik hineinreichenden Ausprägungen des Nationalsozialismus könnten ebenso beleuchtet werden wie der in den Folgejahren und -jahrzehnten praktizierte Umgang damit. Auch könnte die Würdigung der neuen Namensgeber/-innen ein Schwerpunkt der Dokumentation sein.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>7.11</b>	<b>Lebensqualität in Hamburg steigern - mit einem leistungsstarken und bezahlbaren ÖPNV! Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz Drucksache: 20-5345</b>	ungeändert beschlossen
-------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz hat sich in seiner Sitzung am 30.01.2018 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der Fraktionen SPD- und GRÜNE- befasst und mehrheitlich bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Vor diesem Hintergrund möge der Ausschuss beschließen:

Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die zuständige Fachbehörde andere Finanzierungsmodelle für den ÖPNV, wie z.B. Bürgerticket, Einnahmen verstärkter Parkraumbewirtschaftung, Abgabenerhebung, etc. prüft, um eine attraktivere Fahrpreisgestaltung zu ermöglichen und so den Umstieg vom Individualverkehr auf den ÖPNV zu befördern.“

Begründung:

Der Öffentliche Personen-Nahverkehr (ÖPNV) bedeutet Mobilität für ALLE und ist außerdem umweltfreundlich. Deshalb ist es aus sozialer Verantwortung heraus sowie zur Erreichung der Klimaziele enorm wichtig, ihn leistungsstark und attraktiv zu gestalten.

In Hamburg werden an etlichen Straßen die Grenzwerte für Luftschadstoffe und Lärmbelastung immer wieder überschritten. Gerade auch im Bezirk Hamburg-Nord gibt es diverse Straßen mit zu hoher Belastung.

Aus diesem dringenden Anlass wurden verschiedene Maßnahmen und Programme, wie Luftreinhalteplan, Lärmaktionsplan sowie das Mobilitätsprogramm [1] aufgelegt, um die Hamburger Bürgerinnen und Bürger vor gesundheitlichen Schäden durch verschmutzte Luft und übermäßigen krankmachenden Lärm zu schützen. Die Verringerung verkehrsbedingter Emissionen durch eine Erhöhung des ÖPNV-Anteils an der Verkehrsmittelwahl (also eine Verlagerung der Verkehrsnachfrage vom eigenen Pkw zum ÖPNV) ist hierbei der wohl wichtigste Schlüssel, um die Ziele dieser Programme zu erreichen.

Etliches wurde zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit, der Beförderungsgeschwindigkeit, der betrieblichen Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit, der barrierefreien Zugangsmöglichkeiten und



auch hinsichtlich der Verbesserung von Fahrkomfort und Bequemlichkeit erreicht, was den Wechsel vom Pkw zum ÖPNV attraktiver macht. Dieser Umstieg wird aber auch in hohem Maße durch günstige und einfache Tarife unterstützt und motiviert so Personen aller Bevölkerungsschichten mit dem ÖPNV unterwegs zu sein.

Die Freie und Hansestadt Hamburg verfügt also mit dem HVV über einen hervorragenden, kundenfreundlichen und leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehrsverbund, der internationale Vergleiche nicht scheuen muss. Dies gilt auch für den hohen Kostendeckungsgrad. Die jährlich steigenden Fahrgastzahlen unterstreichen die über Jahre positive Entwicklung prägnant.

Ein gutes System kann jedoch immer noch besser werden. Das gilt einerseits hinsichtlich der Akzeptanz, die erforderlich ist, um noch mehr Nutzer von Kfz, Motorrad, Roller und Mofa zum Umstieg auf U- und S-Bahnen und Busse zu motivieren. Andererseits soll dabei auch sichergestellt werden, dass Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen die Vorteile des öffentlichen Nahverkehrs in Hamburg dauerhaft nutzen können.

Aus diesen Gründen wird in Europa bereits seit ca. 20 Jahren darüber diskutiert, wie die Finanzierung des ÖPNV über andere Modelle als den Fahrpreis zu gestalten ist. Teils wird dies auch schon erfolgreich umgesetzt.

Das Ziel der Verlagerung des Verkehrs vom Pkw zum ÖPNV wird mit diesen Angeboten zwar gut erreicht, allerdings steigen durch die höhere Auslastung auch die Anforderungen an den Ausbau des ÖPNV-Angebots, was letztlich höhere Investitionen und Betriebskosten bedeutet und eine Gegenfinanzierung benötigt. Doch kostenloser bzw. fahrscheinloser ÖPNV senkt auch Kosten, wie z.B. durch wegfallende Fahrkartenkontrollen und auch Fahrscheinautomaten.

Zur Gegenfinanzierung für solche ÖPNV-Angebote gibt es z.B. in **Frankreich** eine dort übliche Unternehmenspauschalsteuer für die Nutzung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur. Von einer Erhöhung dieser um 0,6 % konnten Aubagne und der Landkreis Pays d'Aubagne et de L'Etolle profitieren und 2010 einen Nulltarif für die Nutzung des ÖPNV einführen. [2]

Für **Berlin** wurde im Juni 2015 die *Grundlagen- und Machbarkeitsstudie Fahrscheinloser ÖPNV in Berlin* angefertigt. Hier werden unterschiedliche Modelle wie Fahrscheinloser ÖPNV, Bürgerticket o.a. ausführlich auf Auswirkungen sowie Finanzierungsmöglichkeiten, wie Arbeitgeberbeiträge, Gästebeiträge, Parkraumbewirtschaftung, Citymaut untersucht und ausführlich dargestellt. [3]

Die Stadt **Wien** schließlich bietet ein besonders ehrgeiziges und ausgesprochen erfolgreiches Beispiel für einen sehr gut ausgebauten und attraktiven ÖPNV. Dies mit einem einfachen und sehr günstigen Tarifsystem - die Jahreskarte für die Kernzone kostet mit 365,- Euro exakt einen Euro pro Tag.

Ihr attraktives ÖPNV-Angebot fördert die Stadt Wien unter anderem durch die Dienstgeberabgabe. Bei dieser „U-Bahn-Steuer“, so der Spitzname, werden die Arbeitgeber im Stadtgebiet zur Finanzierung herangezogen. Für jeden Vollzeit-Mitarbeiter unter 55 Jahren zahlen sie heute zwei Euro pro Woche an die Stadt. 2016 kamen so fast 72 Millionen Euro zusammen. Diese Mittel werden zweckgebunden für den U-Bahn-Bau verwendet. [4]

Grundsätzlich gilt für alle Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV aber auch der Effekt einer nicht zu unterschätzenden Kostensenkung und Verbesserung der Lebensqualität und Gesundheit. Aufgrund des sinkenden motorisierten Individualverkehrs kommt es zu weniger Verkehrsunfällen, Staus und Straßenreparaturen sowie zu einem größeren Angebot freier Parkplätze und damit zu geringerem Parkraumsuchverkehr.

Fahrpreiserhöhungen des HVV sind grundsätzlich eher kontraproduktiv, um die gewünschten Ziele der aufgelegten Programme und der bisherigen Maßnahmen zu erreichen. Stattdessen



sollten auch Fahrpreissenkungen zukünftig in Betracht gezogen werden, denn günstige und einfache Tarife senken die Hemmschwelle, mit dem ÖPNV unterwegs zu sein. *Dazu sollten verschiedene Finanzierungsmodelle wie oben aufgezeigt grundlegend geprüft werden.*

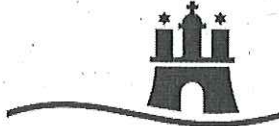
Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE  
Gegenstimmen : CDU  
Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

7.12	<b>Einladung von Vertreter_innen der BWVI in den UVV zur Entwicklung des Schnellbusnetzes Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz Drucksache: 20-5344</b>	ungeändert beschlossen
------	---	------------------------

**Sachverhalt:**

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz hat sich in seiner Sitzung am 30.01.2018 mit og. Thematik auf der Grundlage eines Antrages der Fraktion DIE LINKE befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Zu einer der nächsten Sitzungen des UVV werden Vertreter\_innen der BWVI eingeladen, um über die Nutzung des bestehenden Netzes und den geplanten Umbau ab Dezember zu informieren.“

Begründung:

Vor kurzen wurde in der Presse über die Pläne des Senats zur Umstrukturierung des Schnellbusnetzes berichtet, z.B. <http://www.nahverkehrhamburg.de/zu-wenig-fahrgaeste-hamburger-schnellbusnetz-wird-radikal-reduziert-9213/>.

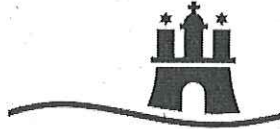
Zur Vorbereitung einer Stellungnahme hierzu ist es sinnvoll, dass die Bezirksversammlung sich mit den Analysen und Plänen der BWVI zum Schnellbusnetz vertieft beschäftigen kann.

**Petition/Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>7.14</b>	<b>Zugang zu den Sportanlagen Klinikweg verbessern</b>	ungeändert beschlossen
	<b>Beschlussempfehlung des Regionalausschusses</b>	
	<b>Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg</b>	
	<b>Drucksache: 20-5367</b>	

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 05.02.2018 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Das Bezirksamt wird gebeten, die folgenden Punkte umzusetzen bzw. die zuständigen Stellen aufzufordern, dies zu tun:

1. Instandsetzung des Gehwegs im Klinikweg Höhe Sportplatz
2. Rückschnitt des Straßengrüns im Kurvenbereich Klinikweg und Verbreiterung des Gehwegs möglichst auf das Regelmaß
3. Der Bezirksamtsleiter wird gebeten mit den Eigentümerinnen und Eigentümern des ehem. electrums und des Bürohauses Wagnerstraße 2 in Verbindung zu treten; um gemeinsam mit der HTBU über Möglichkeiten des Abstellens der Fahrzeuge der Sporttreibenden ins Gespräch zu kommen.

Zudem wird das Bezirksamt gebeten, folgende Punkte zu prüfen bzw. die zuständigen Stellen prüfen zu lassen:

4. Aufstellen von zwei Sitzbänken im Kurvenbereich Klinikweg in Absprache mit den Sportvereinen (Foto 4)
5. Aufstellen von mindestens einem Mülleimer im Eingangsbereich des Sportgeländes in Absprache mit den Sportvereinen
6. Entfernung des alten Fußgängerschutzgitters im Kurvenbereich Klinikweg
7. Versetzen der Laterne im Kurvenbereich Klinikweg auf die andere Seite des Gehwegs (an den Rand der Grünfläche)
8. Installation einer Beleuchtung unter der Unterführung
9. Ersatz der Pkw-Stellplätze unter dem nordöstlichen Teil der Hochbahnbrücke durch Fahrradstellplätze“

Begründung:

In unmittelbarer Nähe zur U3-Haltestelle „Hamburger Straße“ befindet sich der Sitz der Hamburger Turngesellschaft Barmbeck-Uhlenhorst (HTBU). Sowohl ein Sportplatz als auch eine Sporthalle sind vorhanden. Der Sportplatz wird hauptsächlich vom USC Paloma genutzt. Am Sportplatz entlang verläuft zudem ein viel frequenter, öffentlicher Weg zum



Gelände der beruflichen Schule Uferstraße, der von einem Grünstreifen begleitet wird. Am Nachmittag wird der Sportplatz intensiv für den Trainingsbetrieb genutzt, so dass viele Kinder und Jugendliche mit Fahrrädern den Bereich frequentieren. Am Wochenende finden Punktspiele des Hamburger Fußball-Verbands auf der Anlage statt.

Der Zugang zum Gelände erfolgt ausschließlich über die Straße Klinikweg, dabei meist aus Richtung U Hamburger Straße über den Fußweg von der Wagnerstraße durch die Grünanlage (vgl. Karte 1).

Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Gestaltung der Fahrbahnnebenflächen im erweiterten Kurvenbereich des Klinikweg dringend verbesserungsbedürftig (vgl. Karte 2):

- Aktuell ist die gepflasterte Fläche unter der Hochbahnbrücke beidseitig und vollständig als Parkplatz für Kraftfahrzeuge ausgewiesen. Auf der südwestlichen Seite existiert kein Gehweg. Auf der anderen Seite verbleibt aufgrund der immer länger werdenden dort parkenden Fahrzeuge für die Fußgängerinnen und radfahrende Kinder oft weniger als 1,5 Meter Breite, was besonders zu Stoßzeiten zu wenig ist. Es gibt auch keinerlei Schutzraum zwischen parkenden Fahrzeugen und Gehweg, so dass es zu gefährlichen Situationen beim rückwärts Ausparken kommt. (Foto 1)
- Die Nebenflächen südöstlich der Hochbahnbrücke sind durch ein altes Geländer, einen Leuchtmast fast mitten auf dem Gehweg und die wild sprießende Vegetation kaum passierbar. (Foto 2)
- Unter der Brücke existiert keine Beleuchtung, so dass dort ein dunkler Angstrraum entsteht.
- Der Gehweg im Klinikweg entlang des Sportplatzes ist in keinem guten Zustand. (Foto 3)
- Es mangelt in diesem Bereich an Abstellanlagen für Fahrräder, an Mülleimern und an Sitzgelegenheiten.

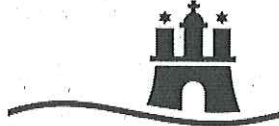
Für die Sportvereine und die andere Nutzerinnen und Nutzer der Sportanlagen sowie des Wegs direkt neben dem Sportplatz wären substanzielle Verbesserungen eine große Erleichterung.

Einige Sporttreibende nutzen ihr eigenes Fahrzeug zur Anfahrt. Für diese Personengruppe bietet der Klinikweg keine auskömmlichen Abstellflächen. Zu prüfen wäre aus diesem Grunde auch, ob die Nutzung des Parkplatzes auf dem Gelände des ehemaligen electrums oder die zeitweise Nutzung der Tiefgarage unter dem Gebäude an der Wagnerstraße 2 (Bürogebäude, Bowlingzentrum) möglich wäre.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>7.15</b>	<b>Poppenhusenstraße: Einbahnstraße für den Radverkehr freigeben, Gehwege instand setzen Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-5368</b>	ungeändert beschlossen
-------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 05.02.2018 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Bezirksamtsleiter setzt sich gegenüber den zuständigen Stellen für Folgendes ein:

1. Es wird geprüft, unter welchen Bedingungen und Kosten eine Freigabe der Poppenhusenstraße für den gegenläufigen Radverkehr möglich ist.
2. Die Gehwege in der Poppenhusenstraße werden umgehend in einen guten Zustand versetzt.“

Begründung:

Die Poppenhusenstraße ist für den Rad- und Fußverkehr eine viel genutzte Verbindung zwischen dem Bahnhof Barmbek und den südlich davon liegenden Quartieren. Zudem befindet sich dort auch das Kundenzentrum Barmbek-Uhlenhorst des Bezirksamts Hamburg-Nord. Momentan ist die Poppenhusenstraße eine Einbahnstraße in Fahrtrichtung Norden, die nicht für den gegenläufigen Radverkehr freigegeben ist.

Auf eine Anfrage der GRÜNEN Fraktion-Nord (Drs. 20-2953) nannten Bezirksamt und Polizei im Oktober 2017 als Grund für die Nicht-Freigabe der Poppenhusenstraße für gegenläufigen Radverkehr, dass diese abschüssig sei und in die Kreuzung Hufnerstraße (Linksabbiegerstreifen) münde. Die Veloroute, die ebenfalls hier verläuft, ist in Nord-Süd-Richtung zweigeteilt und orientiert sich an der Einbahnregelung. Das mag für den Radfernverkehr praktikabel sein, nicht aber für die starken Radverkehre, die von Süden kommend den Bahnhof Barmbek selbst als Ziel haben (und umgekehrt).

Um den Radverkehr zu stärken und die Verbindung von Barmbek Richtung Dehnhaiide/Hamburger Meile/Mundsburg zu verbessern, wäre eine Freigabe für den gegenläufigen Radverkehr in dieser Straße sinnvoll.

Ein weiteres Problem ist der Zustand der ohnehin schmalen Gehwege in der Poppenhusenstraße. Insbesondere der westliche der beiden Gehwege ist in schlechtem Zustand. Ausgewaschene Grandstellen und hochstehende Platten machen ein Vorankommen für mobilitätseingeschränkte Menschen beschwerlich.

Da diese Strecke täglich von hunderten Menschen auf ihrem Weg zum Bahnhof und zurück genutzt wird, ist eine schnellstmögliche Verbesserung der Situation notwendig.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen





Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>7.16</b>	<b>Fußverkehr fördern - Querung der Finkenau sicherer machen Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-5369</b>	ungeändert beschlossen
-------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 05.02.2018 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Das Bezirksamt Hamburg-Nord prüft Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Finkenau in Höhe der Querung durch die Promenade entlang der Hochbahntrasse. Zu prüfen seien dabei insbesondere

1. eine auf den starken Querverkehr hinweisende Beschilderung für den Fahrzeugverkehr auf der Finkenau mindestens in Fahrtrichtung Eilbekkanal;
2. eine bessere Verdeutlichung der Promenade durch geeignete Markierungen, vor allem im Bereich der breiten Doppelzufahrt an der östlichen Straßenseite;
3. geeignete Querungshilfen oder andere bauliche Maßnahmen;
4. eine Verbesserung der Sicht auf die querende Promenade durch Neuordnung der Parkplätze rechts und links davon auf der Westseite der Finkenau.“

### Begründung:

Die weitgehend autofreie Promenade zwischen Lerchenfeld und Leo-Leistikow-Allee ist für alle mit Rad oder zu Fuß eine gute Alternative zur lauten Hamburger Straße/Oberaltenallee. Die Anwohner der Finkenau, des Dorothea-Bernstein-Wegs, des Martha-Muchow-Wegs und der Leo-Leistikow-Allee nutzen die Promenade, die an der Hochbahntrasse verläuft, für ihre täglichen Wege, z.B. zur U-Bahn-Station Mundsburg. Auch die im Pflegen und Wohnen-Heim lebenden Menschen sowie die Studierenden der HfBK und der Hamburg Media School nutzen den Weg häufig.

Die Promenade kreuzt die Finkenau. Dort ist Tempo 30 angeordnet. Nach dem Einbiegen von der Oberaltenallee in die Finkenau müssen Autofahrende häufig am Straßenrand parkende Autos umfahren und entgegenkommende Fahrzeuge vorbeilassen. Nach der Hochbahnbrücke wird die Straße dann aufgrund zweier Zufahrten auf der östlichen Seite breiter, so dass praktisch alle Fahrzeuge dann ihr Tempo erhöhen. Gerade hier kreuzt aber die Promenade mit regem Querverkehr. Auch das Pflegeheim befindet sich genau auf dieser Höhe.

Problematisch ist nicht nur die teils überhöhte Geschwindigkeit, mit der an dieser Stelle der

Finkenau gefahren wird, sondern auch die eingeschränkte Sicht. Aus Richtung Oberaltenallee gesehen dürfen Fahrzeuge unter der Bahnbrücke auf der rechten Seite bis direkt vor der Promenade parken. Dadurch bemerken Autofahrende dort ausfahrende Radfahrerinnen und Radfahrer erst spät. Die Promenade ist für sie absolut nicht erkennbar. Umgekehrt ist auch die Sicht auf die Straße für die querenden Menschen stark eingeschränkt.

Dazu kommt, dass auf der Ostseite der Finkenau eine breite Zufahrt zu Pflegen und Wohnen existiert, an die sich die Zufahrt zu den Kasematten unter der Bahnbrücke an der Promenade anschließt. Diese Verbreiterung der Straße auf einem relativ langen Teilstück wird oftmals wie eine reguläre Fahrbahn genutzt, mit hoher Geschwindigkeit befahren und erschwert Fußgängerinnen und Fußgängern die Querung. De facto haben sie hier drei Fahrspuren zu queren, bis sie auf der anderen Straßenseite angelangt sind.

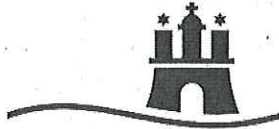
Durch eine entsprechende Beschilderung und ggf. bauliche Maßnahmen sollte das Queren der Finkenau auf Höhe der Promenade sicherer gemacht und die tatsächliche Einhaltung der Fahrgeschwindigkeit vor allem von Pkw unterstützt werden.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen





Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>7.17</b>	<b>Wohnen an der Finkenau zwischen der Oberaltenallee und Uferstraße (Bebauungsplan Uhlenhorst 12). Wie wird die grüne Wegeverbindung gestaltet? Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-5370</b>	ungeändert beschlossen
-------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 05.02.2018 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Das Bezirksamt wird gebeten in einer der nächsten Sitzungen des Regionalausschusses die Planungen für die Platzgestaltung vorzustellen. Die Bürgerinnen und Bürger im Neubaugebiet an der Finkenau sollen über den Termin informiert werden.“

Begründung:

Der Bebauungsplan Uhlenhorst 12 befindet sich in der Umsetzung und es wohnen dort bereits viele neue Anwohnerinnen und Anwohner. Neben dem Wohnungsbau interessieren sich die neuen Anwohner ganz besonders für die Gestaltung der Grünanlagen im Quartier.

Im Bebauungsplan wird der neue Platz beschrieben:

„Dieser neue Platz soll den Fahrverkehr des neuen Erschließungsnetzes gegenüber der Uferstraße abriegeln und in Ergänzung zur autofreien Uferstraße als Bewegungs- und Freizeitfläche zum Verweilen dienen. Es ist vorgesehen, ihn mit einer, den vorhandenen Baumbestand einbeziehenden, Baumpflanzung zu betonen und die befestigte Fläche mit Sitzstufen zum Eilbekkanal übergehen und in einem Plateau am Wasser enden zu lassen.“

Es soll eine neue grüne Wegeverbindung mit Anschluss an den Eilbek-Grünzug entstehen. Bei den Anwohnern besteht der Wunsch über die Gestaltung des Platzes informiert zu werden um ggf. eigene Vorstellungen einbringen zu können.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.



**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

<b>7.18</b>	<b>Veloroute 6 zwischen Richardstraße und Finkenau</b> ungeändert beschlossen <b>ertüchtigen</b> <b>Beschlussempfehlung des Regionalausschusses</b> <b>Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg</b> <b>Drucksache: 20-5371</b>
-------------	--

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 05.02.2018 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Das Bezirksamt Hamburg-Nord prüft Möglichkeiten, den Fuß- und Radverkehr getrennt zu führen, ähnlich der Trassenführung in der Grünanlage Eilbektal.“

Begründung:

Die Veloroute 6 führt u. a. entlang des Eilbekkanals durch die Uferstraße. Zwischen der Richardstraße und der Straße Finkenau ist die Uferstraße autofrei. Hier teilen sich die Fußgänger und die Fahrradfahrer den Straßenraum. Viele Fußgänger benutzen diese Wegführung, um sich den Weg entlang der Hauptverkehrsstraßen zu ersparen und an den Wochenenden flanieren viele Spaziergänger entlang des Kanals. Auch durch den Zuzug von vielen Bürgerinnen und Bürgern in das Neubauquartier ist der Streckenabschnitt stark frequentiert. Hier kommt es immer häufiger zu Konfliktsituationen derjenigen, die zu Fuß unterwegs sind und denen, die die Strecke zügig mit dem Fahrrad befahren wollen entsprechend den Möglichkeiten einer Veloroute.

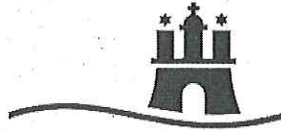
Die Uferstraße in dem genannten Teilbereich verfügt über genügend Nebenflächen, die genutzt werden könnten, um hier dem steigenden Fuß- und Radverkehr den notwendigen Raum zu geben. Durch die geplante Querung für den Fuß- und Radverkehr am Lerchenfeld zwischen Uferstraße und Lerchenfeld ist in Zukunft mit noch mehr Fuß- und Radverkehr zu rechnen, zumal der Radweg an der Straße Eilenau nicht mehr für den Zweirichtungsverkehr freigegeben ist.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.



**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 06.02.2018

Öffentlich

7.19	<b>Hundewiese Döscherstraße fahrzeugfrei machen- Mülleimer regelmäßig leeren Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-5372</b>	ungeändert beschlossen
------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 05.02.2018 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Vor diesem Hintergrund wird der Bezirksamtsleiter, bzw. das vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung gebeten, sich dafür einzusetzen,

1. dass die Verhinderung des Kfz- Verkehrs auf der Hundewiese kurzfristig durch geeignete Maßnahmen umgesetzt wird.
2. dass die regelmäßige Leerung des Abfallbehälters in kurzen Abständen sichergestellt wird. Hierfür sind Gespräche mit der Stadtreinigung aufzunehmen, um die seit Januar 2018 bestehende Zuständigkeit der Reinigung zu verdeutlichen.
3. dass der Regionalausschuss zeitnah über die erfolgreiche Umsetzung informiert wird.“

### Begründung:

Bereits seit mehreren Monaten werden von Bürgerinnen und Bürgern Beschwerden im Ausschuss vorgetragen, die sich mit den Zuständen rund um die Hundefreilauffläche Döscherstraße in Barmbek-Süd beschäftigen. Leider hat es bis heute keine erkennbaren Veränderungen bzw. Verbesserungen gegeben. Es wird vor allem bemängelt, dass rechtswidriger Weise die Hundewiese mit Pkw und / oder Umzugs- Lkw befahren und zugeparkt wird.

Auf den vielfach geäußerten Wunsch nach einer baulichen Lösung für das Problem z.B. durch die Absperrung der Grünfläche mit Holzpflocken (oder anderen baulichen Maßnahmen) ist bisher nicht reagiert worden.

Neben dem Kfz-Problem wird auch immer wieder der Zustand der Hundewiese und deren Unterhaltung moniert. So wurde vor einiger Zeit neben einer aufgestellten Bank ein **grüner** Abfallbehälter aufgestellt, in dem naturgemäß auch viele Gassibeutel landen. Seitens des für grüne Abfallbehälter zuständigen Fachamtes Management des öffentlichen Raums zugesagte regelmäßige Leerungen in (wegen der Geruchsbelästigung) kurzen Abständen erfolgen nicht.



Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen